



Die letzten Wahlversammlungen gehen am Wochenende in Iowa über die Bühne. Am Montag beginnen die Vorwahlen für die US-Präsidentenwahl im November.

APIKEYSTONE

Polen

Der Justizminister ist jetzt auch Oberstaatsanwalt

In Polen hat die nationalkonservative Regierung eine weitere umstrittene Justizreform durchs Parlament gebracht. Die Abgeordneten der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) stimmten für ein Gesetz, mit dem alle Staatsanwaltschaften, auch auf regionaler Ebene, direkt dem Justizministerium unterstellt werden. Die Funktion des Generalstaatsanwalts übernimmt der Justizminister selbst. Er hat damit das Recht, bei jeder Ermittlung jedes Staatsanwalts zu intervenieren. Für das Gesetz stimmten 236 Abgeordnete, 209 votierten dagegen, 8 enthielten sich.

Damit wurde eine im Jahr 2009 von der liberalkonservativen Vorgängerregierung umgesetzte Reform, die die Staatsanwaltschaft zu einer unabhängigen Behörde gemacht hatte, wieder zurückgenommen. Die Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło argumentierte, mit der Neuordnung werde ein «gescheitertes Experiment» der Vorgängerregierung beendet. Die Opposition wertet die Reform hingegen als weiteren Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz. Die Anklagebehörde werde damit wieder «politisiert». Seit ihrem Amtsantritt im Oktober brachte die PiS des ehemaligen Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński bereits mehrere Gesetze durchs Parlament, die sich aus Sicht von Kritikern gegen die Medienfreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz richten. Die öffentlich-rechtlichen Medien wurden an die kurze Leine gelegt, die Arbeit des Verfassungsgerichts wurde erschwert. (SDA)

Wie gross ist die Wut auf die Elite?

USA Endspurt für die republikanischen Präsidentschaftskandidaten mit drei Favoriten

VON RENZO RUF, BURLINGTON (IOWA)

Marco Rubio hält kurz inne und schaut etwas ratlos in die Menge. «Heute ist Freitag, oder?», fragt der 44-jährige Senator aus Florida die 150 Anwesenden. Einige Menschen im schmucklosen Versammlungsraum in einem Hotel in Burlington (Iowa) nicken. Dann fasst sich der republikanische Präsidentschaftskandidat, der seit Tagen atemlos durch den wichtigen Vorwahl-Staat tingelt, und er sagt den Anwesenden: «In drei Tagen haben Sie die Ehre, als erste Amerikaner die Antwort auf eine äusserst wichtige Frage zu liefern: Wer folgt auf Präsident Obama?»

Kommen die Trump-Anhänger?

So klingt es derzeit in Burlington, Des Moines, Sioux City, Cedar Rapids und anderen Kleinstädten in Iowa, in Restaurants, Konferenzräumen, in Scheunen und in Schulhäusern: Die zwölf Präsidentschaftskandidaten der republikanischen Partei befinden sich im Endspurt vor den Wahlversammlungen (Caucuses). Am Montag beginnt, nach einem monatelangen Vorlauf, die Vorwahl-Saison. Und selbst eingefleischte Politbeobachter haben keine Ahnung, wer aus dem ersten Wettbewerb in Iowa als Sieger hervorgehen wird.

Die grosse Unbekannte: Werden die Anhänger des New Yorker Baulöwen Donald Trump (69) auch tatsächlich in den Wahlversammlungen auftauchen? Seit dem Spätsommer dominiert der Neo-Politiker

die Meinungsumfragen, und nach einem kurzen Taucher befindet er sich nun auch in Iowa wieder an der Spitze. Mit dafür verantwortlich seine Öffentlichkeitsarbeit, mit der er seine Konkurrenten immer wieder in den Schatten stellt.

So entschied sich Trump diese Woche, die letzte Fernsehdebatte der Republikaner vor den Caucuses zu boykottieren. Er fühlte sich durch den Nachrichtensender Fox News Channel schlecht behandelt, und liess sich auch nach einer Intervention von Fox-Chef Roger Ailes nicht umstimmen. Stattdessen organisierte er in Des Moines kurzerhand eine Spendengala für Kriegsveteranen.

Während der Rest des Feldes vor den Fernsehkameras erbittert über Einwanderungsfragen, die Strategie im Krieg gegen die Terror-Rebellen des Islamischen Staates und über eine moderne Landwirtschaftspolitik stritt, hielt Trump vor 700 Gästen eine Lobrede auf die amerikanischen Streitkräfte. «Wir brauchen ein starkes Militär», sagte er und erhielt dafür tosenden Applaus. Und weil er nicht kleinlich erscheinen wollte, spendete der Multimilliardär eine Million Dollar für eine gemeinnützige Veteranen-Organisation. Stolz verkündete sein Wahlkampfstab später, dass Trump an diesem Abend sechs Millionen Dollar sammelte.

Derweil gerieten sich am anderen Ende von Des Moines Marco Rubio, 44-jähriger Senator aus Florida, und Ted Cruz, 45 Jahre alt und texanischer Senator, mächtig in die Haare. Rubio und Cruz gelten gemein-

US-VORWAHLN

Caucus und Primary – der Unterschied

Jetzt gilt es ernst: Am kommenden Montag beginnen in den USA die Vorwahlen für die Präsidentschaft im November. Als erster Bundesstaat entscheidet übermorgen Iowa, welche Kandidaten den Parteitag der Demokraten beziehungsweise Republikaner zur Nominierung vorgeschlagen werden sollen. Und zwar mit in einem sogenannten Caucus, einer öffentlichen Wahlversammlung. Am Caucus teilnehmen kann nur, wer registrierter Wähler der jeweiligen Partei ist. Ausser Iowa kennen noch acht weitere Bundesstaaten den Caucus. Die anderen Bundesstaaten entscheiden per Primary – eine geheime Urnenabstimmung. (HE)

hin als Profiteure, sollten Trumps Anhänger sich im letzten Moment dazu entscheiden, zu Hause zu bleiben. Die beiden Parlamentarier allerdings sprechen ein unterschiedliches Wählersegment an.

Establishment versus Wut-Kandidat

Rubio entspricht dem traditionellen Profil eines republikanischen Präsidentschaftskandidaten: fiskalpolitisch konservativ, religiös und ein sicherheitspolitischer Falke. Weil die Partielite aber derzeit kein allzu grosses Ansehen geniesst, übt sich der Senator im Spagat. Er versteht, warum die amerikanische Bevölkerung wütend auf die politischen Funktionäre sei, sagt er. «Ärger allein aber ist kein Programm.» Er sei der einzige Kandidat, der die Republikanische Partei einigen könne, weil er beide Seiten verstehe, sagt Rubio.

Da hat er vielleicht gar nicht so unrecht. Denn Cruz macht aus seiner Abscheu gegenüber dem Parteiestablishment keinen Hehl. Er sagt während seiner Wahlkampfauftritte, eines seiner Ziele sei es, «das Washingtoner Kartell» zu zerschlagen – als sei der nationale Politbetrieb in der amerikanischen Hauptstadt eine kriminelle Vereinigung. Dafür erhält der scharfzüngige Senator warmen Applaus von seinen Anhängern; in Washington aber wird er, selbst von Parteifreunden, gehasst. «Ich schwenke zwischen Cruz und Rubio», sagt Teresa Woodford, eine Mittfünfzigerin aus Des Moines. «Rubio hat mehr Charisma. Er gefällt mir. Cruz aber lässt sich nicht verbiegen.»

Zentralafrika

EU-Soldaten bezahlten für Sex mit Kindern

Georgische EU-Soldaten sowie französische Militärangehörige stehen laut der UNO im Verdacht, in Zentralafrika Minderjährige sexuell missbraucht zu haben. Entsprechende Zeugenaussagen seien «äusserst alarmierend», erklärte der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte. Die EU, Georgien und Frankreich sowie ein weiteres Land, das nicht genannt wurde, hätten strafrechtliche Ermittlungen zugesagt, hiess es von Hochkommissar Said Raad al-Husseini gestern in Genf. Bereits Anfang Januar waren die Missbrauchsvorwürfe bekannt geworden. Allerdings hatte die UNO damals nicht mitgeteilt, aus welchen Ländern die Soldaten stammten.

Mehrere Mächden in der Zentralafrikanischen Republik, die seinerzeit zwischen 14 und 16 Jahren alt waren, sagten einem UNO-Team, sie seien von Soldaten der europäischen Militärmission Eufor für Sex bezahlt oder vergewaltigt worden. Ein siebenjähriges Mädchen berichtete, es habe für Oralsex mit Soldaten der französischen Sangaris-Militärmission eine Flasche Wasser und eine Packung Kekse bekommen. Die Vorwürfe beziehen sich laut al-Husseini auf das Jahr 2014, wurden aber erst jetzt bekannt. (SDA)

Rentner-Revolutionär erobert Iowa

USA Der linke Senator Bernie Sanders (74) bedrängt in Iowa die demokratische Favoritin Hillary Clinton. Er punktet mit Authentizität und dem Wunsch nach Veränderung.

VON RENZO RUF, DES MOINES (IOWA)

Bernie Sanders lässt sich nicht aus dem Konzept bringen, auch nicht von einer 17-Jährigen. Diese Woche hielt eine kritische Zeitgenossin dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten vor, es gebe keine wissenschaftlichen Beweise für den Klimawandel. «Danke für Ihre Frage», antwortete der 74-jährige Senator aus Vermont wie aus dem Kanonenrohr ge-

schoffen. «Sie irren sich.» Dann hob er zu einer emotionalen Rede an, wie immer wild gestikulierend, und irgendwie gelang es ihm dabei auch, der Fragestellerin zu danken.

Kaum Charisma? Na und!

Dieser Wortwechsel verdeutlicht, warum es dem selbst ernannten demokratischen Sozialisten aus dem kleinen Ostküstenstaat gelungen ist, das Rennen um die Nomination zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten aufzumischen: Er ist authentisch und sagt, was er denkt – auch wenn er aufgrund seines links-populistischen Gedankenguts Gefahr läuft, auf Widerspruch zu stossen. Dass Sanders dabei nicht unbedingt von Charisma sprüht, scheint niemanden zu stören. Nun steht der Berufspolitiker vor

dem grössten Triumph seiner Karriere: Am Montag könnte es ihm gelingen, in den Wahlversammlungen der Demokraten am meisten Stimmen zu gewinnen.

Noch aber gibt sich die politische Gegnerin des Senators nicht geschlagen. Zusammen mit ihrem Gatten Bill und ihrer Tochter Chelsea reist Hillary Clinton in den letzten Tagen vor den Caucuses kreuz und quer durch Iowa, um die Wählerinnen und Wähler von ihren Qualitäten zu überzeugen. Sie präsentiert sich dabei als natürliche Erbin von Amtsinhaber Barack Obama, dem sie vier Jahre als Aussenministerin diene. Sie kritisiert die Agenda Sanders als eine Ansammlung von politischen Luftschlössern. So will der Senator das Gesundheitswesen verstaatlichen und dafür die Steuern erhöhen.

Sanders hat deshalb eines seiner Versprechen gebrochen. Diese Woche lancierte er in Iowa einen TV-Werbespot, in dem er Clinton (mehr oder weniger direkt) attackierte. Das Thema des 30 Sekunden langen Filmchens: Der unheimliche Einfluss, den die grossen Wall-Street-Banken auf den politischen Betrieb in Washington hätten. Der normalsterbliche Amerikaner habe in diesem abgekarteten Spiel keine Chance. Ungesagt blieb, dass zahlreiche Grossbanken zu den Gönnern Clintons gehören: So bezahlte ihr Goldman Sachs im Jahr 2013 pro Rede 250 000 Dollar. Senator Sanders verspricht eine «politische Revolution», die diese Vetternwirtschaft beenden werde.

Seine Chancen stehen in Iowa nicht schlecht: 43 Prozent der Demokraten hier bezeichnen sich als Sozialisten.

Deutschland

Handgranate gegen Flüchtlingsheim

Im baden-württembergischen Villigen-Schwenningen wurde in der Nacht auf Freitag nach Polizeiangaben eine Handgranate auf eine Flüchtlingsunterkunft geworfen. Die Granate war mit Sprengstoff gefüllt, explodierte aber nicht. Es gab keine Verletzten. Ein Sicherheitsmann hatte die Granate gegen 1.15 Uhr auf dem Boden bemerkt und die Behörden alarmiert. Der deutsche Justizminister Heiko Maas zeigte sich erschüttert. «Das Ausmass der Gewalt ist erschreckend», erklärte Maas gestern Freitag in Berlin. (SDA)